Informationsbrief der Bundes SGK / Januar 2018 für sozialdemokratische Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker

Berlin, den 17. Januar 2018

- 1. Sondierungsergebnisse von CDU/CSU und SPD** | SPD-Parteivorstand empfiehlt dem Bundesparteitag die Aufnahme von Koalitionsverhandlungen
- 2. Führende sozialdemokratische Kommunalpolitikerinnen und -politiker für Koalitionsverhandlungen** | Erklärung von 12 sozialdemokratischen Oberbürgermeistern/innen
- 3. Grundsteuerreform notwendig** | Bundesverfassungsgericht verhandelt über die Verfassungsmäßigkeit
- 4. Veranstaltungen der Bundes-SGK im Jahr 2018** | Delegiertenversammlung und Seminarangebote der Bundes-SGK

1. Sondierungsergebnisse von CDU/CSU und SPD

Am Freitagvormittag, dem 12. Januar 2018 konnten die Verhandlungsführer der Sondierungsgespräche zwischen der CDU/CSU und der SPD zur Regierungsbildung im Bund nach einem Verhandlungsmarathon in einem 28-seitigen Papier gemeinsame Ergebnisse vorlegen. Diese waren anschließend Gegenstand einer intensiven Debatte im SPD-Parteivorstand, der sich mehrheitlich bei sechs Gegenstimmen für eine Empfehlung zur Aufnahme von Koalitionsverhandlungen an den am 21. Januar stattfindenden Bundesparteitag ausgesprochen hat.

Aus kommunaler Sicht enthält das „Ergebnispapier der Sondierungen“ folgende wichtige Aussagen:

- „Unser Ziel ist Vollbeschäftigung. **Insbesondere Langzeitarbeitslose gilt es besser zu fördern** und zu aktivieren und ihnen den (Wieder)Einstieg in den Arbeitsmarkt zu ermöglichen.“ (S. 6) ... „Mit einem ganzheitlichen Ansatz wollen wir die Qualifizierung,

Informationsbrief der Bundes-SGK

Bundes-SGK · Stresemannstraße 30 · 10963 Berlin · Tel.: (0 30) 2 59 93-960 · Fax: (0 30) 2 59 93-970 · E-Mail: info@bundes-sgk.de

Verantwortlich: Dr. Manfred Sternberg, Geschäftsführer

www.bundes-sgk.de

Vermittlung und Reintegration von Langzeitarbeitslosen in den Arbeitsmarkt vorantreiben. Dazu schaffen wir ein **neues Regelinstrument im SGB II „Teilhabe am Arbeitsmarkt für alle“** und ermöglichen auch in den Ländern den **Passiv-Aktiv-Transfer**. Wir stellen uns eine Beteiligung von 150.000 Menschen vor. Die Finanzierung des Programms muss über den Eingliederungstitel gewährleistet werden, den wir hierfür um eine Milliarde jährlich aufstocken werden.“ (S. 8)

- „Wir werden die **Mittel für das Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG) erhöhen und dynamisieren.**“ (S.7) ... „Wir wollen Fahrverbote vermeiden und die Luftreinhaltung verbessern. ... Dafür bedarf es eines ganzen Bündels von Maßnahmen, wie zum Beispiel der Förderung der Elektromobilität, des Öffentlichen Personennahverkehrs und des Schienenverkehrs; ...“ (S. 8)
- „Wir werden ein **gesamtdeutsches Fördersystem für strukturschwache Regionen** entwickeln, das allen Bundesländern gerecht wird.“ (S. 6) ... Unser Ziel sind gleichwertige Lebensverhältnisse in handlungsfähigen Kommunen im urbanen und ländlichen Raum, in Ost und West:
 - Wir werden alle bisher **kommunal entlastend wirksamen Finanzprogramme fortführen**, sicherstellen und anpassen, u.a. die Städtebauförderung und Integrationsprogramme.
 - Wir werden Strukturschwächen im ländlichen Raum, in Regionen, Städten und Kommunen in allen Bundesländern bekämpfen, ... Dabei prüfen wir auch **Maßnahmen** im Sinne der Hilfe zur Selbsthilfe **für Kommunen zum Beispiel mit Altschulden und hohen Kassenkrediten.**“ ... (S. 22)
- „Wir werden ein Maßnahmenpaket zur Bekämpfung der Kinderarmut schnüren: Dazu wollen wir **zur Entlastung einkommensschwacher Familien den Kinderzuschlag erhöhen.**“ (S. 9)
- „Wir wollen die bestmögliche Betreuung für unsere Kinder und die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Dau **unterstützen wir Länder und Kommunen weiterhin beim Ausbau und bei der Steigerung der Qualität** von Kinderbetreuungseinrichtungen und dem Angebot an Kindertagespflege sowie **zusätzlich bei der Entlastung von Eltern bei den Gebühren.**“ (S.10) Hierfür werden laut Finanztableau allein 3,5 Milliarden Euro zusätzlich aufgewandt (S. 16).
- „Wir werden einen **Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung im Grundschulalter** schaffen. Dabei werden wir auf Flexibilität achten, bedarfsgerecht vorgehen und die Vielfalt der in den Ländern und Kommunen bestehenden Betreuungsmöglichkeiten der Kinder- und Jugendhilfe und die schulischen Angebote berücksichtigen. **Für die Ausgestaltung wollen wir das SGB VIII nutzen.**“ (S. 10) Hierzu werden im Finanztableau 2,0 Milliarden Euro zusätzlich als „Programm Ganztagschule/Ganztagsbetreuung“ ausgewiesen.

Informationsbrief der Bundes-SGK

Bundes-SGK · Stresemannstraße 30 · 10963 Berlin · Tel.: (0 30) 2 59 93-960 · Fax: (0 30) 2 59 93-970 · E-Mail: info@bundes-sgk.de

Verantwortlich: Dr. Manfred Sternberg, Geschäftsführer

www.bundes-sgk.de

- Wir werden eine **Investitionsoffensive für Schulen in Deutschland** auf den Weg bringen. Diese umfasst zusätzlich zum laufenden Schulsanierungsprogramm die Unterstützung der Länder bei ihren Investitionen in die Bildungsinfrastruktur, insbesondere Ganztagsschul- und Betreuungsangebote, Digitalisierung und berufliche Schulen. Dazu werden wir die erforderliche Rechtsgrundlage in Art. 104c GG anpassen (Streichung des Begriffs „finanzschwache“ in Bezug auf die Kommunen).“ (S. 11) Das entspräche einer **Aufhebung des sogenannten „Kooperationsverbotes“** im Bereich der schulischen Infrastruktur.
- „Wir stellen eine **weitere Finanzierung der laufenden Maßnahmen zur Entlastung von Ländern und Kommunen bei den Flüchtlingskosten** (Integrationspauschale, Kosten der Unterkunft, Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge) in den Jahren bis 2021 **mit insgesamt weiteren acht Milliarden Euro sicher** und gestalten sie gemeinsam, wo erforderlich, effizienter neu aus.“ (S. 16/17)
- **„Die kommunalen Steuerquellen werden wir sichern.“** (S. 17)
- „Unser Ziel ist es, dass 1,5 Millionen Wohnungen freifinanziert und öffentlich gefördert gebaut werden. Hierzu sind **Maßnahmen im Bereich der Baulandmobilisierung, finanzielle Anreize und Maßnahmen zur Eigentumsbildung** erforderlich“ (S. 22)... „Unser Ziel ist es, dass **eine finanzielle Überforderung von Mietern** durch unverhältnismäßig steigende Mieten **vermieden** wird.“ (S. 23) ... „Wir werden die **Anpassung des Wohngeldes** an die jeweiligen allgemeinen und individuellen Lebensbedingungen vornehmen.“ (S. 23) ... „Die anzustrebenden **CO₂-Einsparungen** können auch **auf Quartiers- und Siedlungsebene bilanziert** werden.“ (S.23)... „wir werden die **Modernisierungsumlage** mit Blick auf die gesunkenen Zinsen **absenken** ...“ (S. 23)

Über die direkt kommunal relevanten Aussagen hinaus enthält das Sondierungsergebnis auch andere wichtige politische Festlegungen. Eine deutliche sozialdemokratische Handschrift tragen das Europakapitel, das eine substantiellen **Stärkung Europas mit einer neuen Kooperation zwischen Deutschland und Frankreich** vorsieht, sowie auch Punkte, wie die **Sicherung der gesetzlichen Rente** auf dem heutigen Niveau von 48 % und die **Schaffung einer Grundrente**, eine „**Konzertierte Aktion Pflege**“.

Der Vorsitzende der Bundes-SGK und Oberbürgermeister von Gelsenkirchen Frank Baranowski sprach sich für die Aufnahme von Koalitionsverhandlungen aus. In einer ersten Stellungnahme betonte er „Das Sondierungspapier zeigt, dass die SPD sehr ernsthaft verhandelt und auch einiges durchgesetzt hat, allerdings müsste ein Koalitionsvertrag noch weitere Konkretisierungen bringen, wenn ein wirklicher politischer Aufbruch geschehen soll“.

Informationsbrief der Bundes-SGK

Bundes-SGK · Stresemannstraße 30 · 10963 Berlin · Tel.: (0 30) 2 59 93-960 · Fax: (0 30) 2 59 93-970 · E-Mail: info@bundes-sgk.de

Verantwortlich: Dr. Manfred Sternberg, Geschäftsführer

www.bundes-sgk.de

Pressemitteilung und Statement von Frank Baranowski vom 12.01.2018:

<https://www.bundes-sgk.de/artikel/frank-baranowski-viel-licht-etwas-schatten-sondierungsergebnissen>

<http://sgknrw.de/oeffentlich/news/baranowski-chance-nicht-einfach-ausschlagen.html>

2. Führende sozialdemokratische Kommunalpolitikerinnen und -politiker für Koalitionsverhandlungen

In einer gemeinsamen Erklärung haben sich sozialdemokratische Oberbürgermeister/innen für die Aufnahme von Koalitionsverhandlungen ausgesprochen. Zu den Ergebnissen der Sondierungsgespräche zwischen SPD und den Unionsparteien erklärten Frank Baranowski, Vorsitzender der Bundes-SGK (Gelsenkirchen), Charlotte Britz (Saarbrücken), Pit Clausen (Bielefeld), Michael Ebling (Mainz), Thomas Geisel (Düsseldorf), Burkhard Jung (Leipzig), Ulf Kämpfer (Kiel), Dr. Peter Kurz (Mannheim), Dr. Ulrich Maly, (Nürnberg), Dr. Frank Mentrup (Karlsruhe), Dieter Reiter (München), Stefan Schostok (Hannover) am 17. Januar 2018:

„Die Ergebnisse der Sondierungsgespräche dürfen für die SPD kein Grund sein, keine Koalitionsverhandlungen mit der CDU/CSU aufzunehmen. Die damit verbundenen Chancen dürfen nicht vertan werden. Denn im Mittelpunkt müssen die Menschen stehen.

Die von der SPD in den Sondierungsgesprächen mit der CDU/CSU durchgesetzten Punkte zugunsten der Kommunen müssen jetzt in den nachfolgenden Koalitionsverhandlungen weiter konkretisiert werden. Die kommunale Ebene muss so ausgestattet sein, dass wir die notwendigen kommunalen Investitionen und öffentlichen Dienstleistungen für Bürgerinnen und Bürger leisten können.

Daneben tragen weitere Punkte wie die Grundrente, ein vernünftiges Zuwanderungsgesetz sowie das Bekenntnis zu einem starken Europa klar die sozialdemokratische Handschrift.

Am Ende muss der Entwurf eines Koalitionsvertrages entscheidend dafür sein, ob die SPD eine Koalition mit den Unionsparteien eingeht. Die mit einer Regierungsbeteiligung verbundene Möglichkeit sozialdemokratische Politik für die Menschen zu gestalten, darf nicht ausgeschlagen werden. Wir unterstützen daher die Aufnahme von Koalitionsgesprächen.“

Pressemitteilung der Bundes-SGK „Führende sozialdemokratische Kommunalpolitikerinnen und -politiker für Koalitionsverhandlungen!“ vom 17.01.2018:

<https://www.bundes-sgk.de/artikel/fuehrende-sozialdemokratische-kommunalpolitikerinnen-politiker-koalitionsverhandlungen>

Informationsbrief der Bundes-SGK

Bundes-SGK · Stresemannstraße 30 · 10963 Berlin · Tel.: (0 30) 2 59 93-960 · Fax: (0 30) 2 59 93-970 · E-Mail: info@bundes-sgk.de

Verantwortlich: Dr. Manfred Sternberg, Geschäftsführer

www.bundes-sgk.de

3. Grundsteuerreform notwendig

Der Erste Senat des Bundesverfassungsgerichts hat am 16. Januar 2018 über drei Richtervorlagen des Bundesfinanzhofs sowie über zwei Verfassungsbeschwerden zur Verfassungsmäßigkeit der Einheitsbewertung verhandelt.

Einheitswerte für Grundbesitz werden nach den Vorschriften des Bewertungsgesetzes noch heute auf der Grundlage der Wertverhältnisse von 1964 (bzw. 1935 Ostdeutschland) ermittelt und bilden die Grundlage für die Bemessung der Grundsteuer. Der Bundesfinanzhof hält in seinen Anträgen auf konkrete Normenkontrolle die Einheitsbewertung des Grundvermögens wegen Verstoßes gegen den allgemeinen Gleichheitssatz (Art. 3 Abs. 1 GG) ab dem Bewertungsstichtag 1. Januar 2008 für verfassungswidrig.

Aufgrund der Systematik der Bewertungsvorschriften komme es bei der Feststellung der Einheitswerte zu gleichheitswidrigen Wertverzerrungen. Hauptursache hierfür sei, dass aufgrund der Rückanknüpfung der Wertverhältnisse die seit 1964 bzw. 1935 eingetretenen tiefgreifenden Veränderungen im Gebäudebestand sowie auf dem Immobilienmarkt nicht in die Bewertung mit einbezogen würden.

Nach den gestrigen Verhandlungen ist davon auszugehen, dass der Gesetzgeber dazu aufgefordert wird, die Verfahren zur Bemessung der Grundsteuer verfassungsgemäß auszugestalten und eine entsprechende Reform vorzunehmen. Die Bundes-SGK spricht sich in diesem Zusammenhang – gemeinsam mit den drei kommunalen Spitzenverbänden – dafür aus, sich den im Bundesrat bereits unter 14 Bundesländern konsentierten Reformvorschlag anzuschließen und ein entsprechendes Gesetzgebungsverfahren zügig einzuleiten und abzuschließen.

Der Vorsitzende der Bundes-SGK Frank Baranowski bekräftigte nochmals: „Die Kommunen brauchen die Grundsteuer – und sie brauchen eine Grundsteuerreform. Die derzeitige Regelung ist weder zeitgemäß noch gerecht, da der angenommene Wert von Grundstücken und Immobilien mit der Realität kaum noch etwas zu tun hat. Die Reform muss sicherstellen, dass Eigentümer in angemessener Weise an den Kosten der Kommunen beteiligt werden. Mehr als 27 Jahre nach der deutschen Einheit muss in Deutschland endlich eine bundeseinheitlich geregelte sowie gerechtere und rechtssichere Grundsteuer auf den Weg gebracht werden.“

Pressemitteilung und Statement von Frank Baranowski vom 15.01.2018:

<https://www.bundes-sgk.de/artikel/kommunen-brauchen-grundsteuerreform>

Gemeinsame Erklärung der Kommunalen Spitzenverbände:

https://www.dstgb.de/dstgb/Homepage/Aktuelles/2017/Grundst%C3%BCcksbewertung%20muss%20gerechter%20werden/04_180111_PM_BV_Grundsteuer_Verhandlung_Verfassungsgericht_Aend_DST_DStGB.pdf

Informationsbrief der Bundes-SGK

Bundes-SGK · Stresemannstraße 30 · 10963 Berlin · Tel.: (0 30) 2 59 93-960 · Fax: (0 30) 2 59 93-970 · E-Mail: info@bundes-sgk.de

Verantwortlich: Dr. Manfred Sternberg, Geschäftsführer

www.bundes-sgk.de

4. Veranstaltungen der Bundes-SGK im Jahr 2018

- Seminarangebot der Bundes-SGK für Amtsinhaberinnen **"Intensivcoaching für Frauen in kommunalen Führungspositionen"** am **27.-29. April 2018 in Hannover**
- Seminar der Bundes-SGK **"Geschäftsführung von Rats- und Kreistagsfraktionen"** am **25./26. Mai 2018 in Springe** (bei Hannover)
- **„Kommunalwahl-Camp der Bundes-SGK – ein Wochenende rund um erfolgreiche Kommunalwahlstrategien“** vom **31. August bis zum 2. September 2018** in Springe
- Seminar der Bundes-SGK **"Mein Weg zur Bürgermeisterin - Frauen ins Rathaus"** am **12./13. Oktober 2018 in Springe** (bei Hannover)
- **Delegiertenversammlung der Bundes-SGK** am **23./24. November 2018 in Kassel**

Die 17. ordentliche Delegiertenversammlung der Bundes-SGK wird am 23. und 24. November 2018 im Kongresspalais in Kassel stattfinden. Zu ihrem 40-jährigen Bestehen wird die Bundes-SGK somit an ihren Gründungsort zurückkehren. Bitte merkt Euch diesen Termin fest vor! Weitere Informationen finden sich ab Frühjahr 2018 auf der Homepage der Bundes-SGK (www.bundes-sgk.de).

Informationsbrief der Bundes-SGK

Bundes-SGK · Stresemannstraße 30 · 10963 Berlin · Tel.: (0 30) 2 59 93-960 · Fax: (0 30) 2 59 93-970 · E-Mail: info@bundes-sgk.de

Verantwortlich: Dr. Manfred Sternberg, Geschäftsführer

www.bundes-sgk.de